

TAGBLATT

Schweiz: 31. Oktober 2008, 01:00, ONLINE

Abstimmungskampf im Schatten der Krise

Kommt es zu einem wirtschaftlichen Abschwung, stimmt die Schweiz erstmals in einer Rezession über die Personenfreizügigkeit mit der EU ab. Die Gegner der Bilateralen setzen deshalb auf das Thema Arbeitsplatzsicherheit.

STEFAN SCHÜRER

Der Kampf für die Unabhängigkeit der Schweiz ist Vergangenheit. Im Februar ziehen die Gegner der Personenfreizügigkeit unter dem Banner der Arbeitsplatzsicherheit in den Abstimmungskampf. SVP-Nationalrat Lukas Reimann, der mit seiner Organisation Young4Fun massgeblich am Zustandekommen des Referendums gegen die Weiterführung der Personenfreizügigkeit beteiligt war, gibt bereits die Parole aus: «Arbeitsplätze und soziale Sicherheit statt Masseneinwanderung.»

Hintergrund für die Neupositionierung bildet der sich anbahnende wirtschaftliche Abschwung. Verschiedene Konjunkturexperten befürchten, dass die Arbeitslosenzahlen in den kommenden Monaten ansteigen werden. Trifft dieses Szenario ein, stimmt das Volk erstmals in einer Rezession über die Bilateralen Verträge mit der EU ab; die bisherigen Urnengänge 2000 und 2005 fielen dagegen in eine Phase des Aufschwungs.

Rezession begünstigt Gegner

Für Reimann entsteht deshalb eine neue Ausgangslage. «Eine Krise würde den Leuten die Augen öffnen.» Zwar hofft Reimann, dass die Schweiz einen Abschwung abwenden kann. Gleichzeitig räumt er ein, dass eine Rezession die Chancen des Referendums erhöhen würde. «Solange es der Wirtschaft gut geht, blenden die Leute die durch die Personenfreizügigkeit entstehenden Probleme aus», sagt Reimann.

Mit Problemen meinen er und sein Parteipräsident Toni Brunner arbeitslose Personen aus den EU-Staaten. «Wir haben bereits jetzt die ersten Arbeitslosen, die wegen der Personenfreizügigkeit in die Schweiz gekommen sind», sagt Brunner. Gemäss Reimann bleiben diese Leute lieber in der Schweiz, als dass sie in ihre Heimat zurückkehren. Die SVP warnt deshalb bei einer Fortführung der Personenfreizügigkeit vor tieferen Löhnen und einer Belastung der Sozialwerke.

Fakt ist: Wer ein Jahr lang in der Schweiz Beiträge entrichtet, hat Anspruch auf Unterstützungsleistungen. Die Arbeitslosenquote unter den in der Schweiz wohnhaften Ausländern beträgt aktuell 4,6 Prozent; unter den EU-Bürgern in der Schweiz ist die Quote aber bloss halb so hoch. Die Arbeitslosenversicherung hat ihrerseits vom Zustrom aus der EU profitiert: Seit Einführung der Personenfreizügigkeit gibt es immer weniger ausländische Arbeitslose, obschon der Ausländeranteil an der Bevölkerung kontinuierlich steigt.

Mobile Zuwanderer

Sollte es zu einer Rezession kommen, geht man beim Bund davon aus, dass ein guter Teil der EU-Bürger die Schweiz wieder verlassen wird. Die Zuwanderer seien in der Regel jung, gut qualifiziert und entsprechend mobil, heisst es in einem Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). Die Rückwanderungsquote liege selbst in Phasen wirtschaftlichen Wachstums bei 50 Prozent. Hinzu kommt: Bei Entlassungen dürften die überdurchschnittlich qualifizierten Zuwanderer aus der EU kaum als erste ihre Stelle verlieren.

Die arbeitnehmerfreundlichen Töne aus den Reihen der SVP stossen deshalb selbst bei den Gewerkschaften auf Ablehnung. Mit ihrer Kampagne lenke die SVP davon ab, dass sie für die Verschärfung des sozialen Klimas mitverantwortlich sei, sagt Daniel Lampart, Chefökonom des Gewerkschaftsbundes. «Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist ein Konjunkturproblem und kein Problem der Personenfreizügigkeit.»

Copyright © St.Galler Tagblatt AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von www.tagblatt.ch ist nicht gestattet.